

Finanzmonitor 2011: Stimmvolk gegen neue Ausgaben und Steuern

dossierpolitik

14. Juli 2011

Nummer 7

Repräsentative Umfrage. Eine deutliche Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten befürwortet eine zurückhaltende Finanz- und Steuerpolitik. Gemäss einer repräsentativen Umfrage des Forschungsinstitutes gfs.bern sprechen sich 90 Prozent der Befragten für die Beibehaltung der Schuldenbremse aus. 85 Prozent lehnen es ab, dass der Staat zusätzliche Aufgaben anpackt. Stattdessen sollen die Aufgaben des Staates möglichst optimal mit den bestehenden Einnahmen gelöst werden. Steuererhöhungen werden strikt abgelehnt. Mehrausgaben sind in keinem Aufgabenbereich des Staates mehrheitsfähig. Diese Ansichten stehen im Widerspruch zur nachlassenden Ausgabendisziplin der Politik sowie zahlreichen derzeit diskutierten neuen Steuern. Angesichts der zahlreichen Herausforderungen und der Ansichten der Stimmbevölkerung ist die Politik gefordert, sich auf eine konsequent restriktive Finanzpolitik zurückzubedenken und die dringend notwendigen Strukturreformen anzugehen.

Position economieuisse

- ▶ Die Schuldenbremse geniesst eine anhaltend hohe Zustimmung unter den Stimmberechtigten. Sie bleibt das wichtigste Instrument der Finanzpolitik.
- ▶ Der klaren Forderung der Bevölkerung nach einer restriktiven Finanzpolitik muss Rechnung getragen werden.
- ▶ Forderungen nach zusätzlichen Steuern oder Mehrausgaben des Staates werden entschieden abgelehnt.
- ▶ Strukturelle Reformen bei den Staatsausgaben und den Sozialversicherungen müssen frühzeitig angegangen werden, um Defizite und Verteilungskämpfe zu verhindern.

Ergebnisse des Finanzmonitors 2011

► Schweizer Wirtschaft hat Krise relativ gut überstanden.

Wirtschaftliches Umfeld

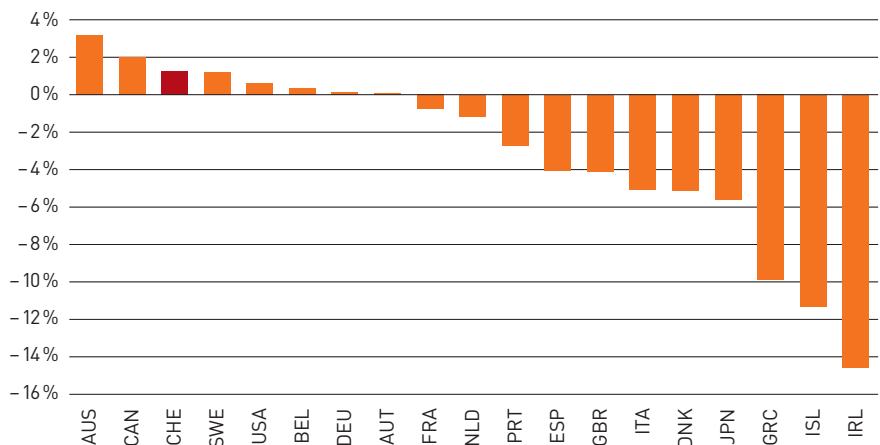
Die Schweiz hat die Finanz- und Wirtschaftskrise im Vergleich zu anderen Industriestaaten relativ gut überstanden. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) befindet sich nach einem krisenbedingten Einbruch seit dem dritten Quartal 2009 trotz der starken Aufwertung des Schweizer Francs wieder auf einem Wachstumspfad. Während das BIP in Staaten wie Griechenland, Island und Irland heute mehr als zehn Prozent unter dem Höchststand von vor der Krise liegt, haben Staaten wie Australien, Kanada und die Schweiz den Rückgang aus dem Jahr 2009 bereits wieder kompensiert (Grafik 1). Die Arbeitslosenquote in der Schweiz hat sich seit Januar 2010 von 4,5 Prozent auf 2,9 Prozent reduziert. Während sich die Staatsverschuldung im Euroraum und in den OECD-Staaten dieses Jahr auf 96 Prozent bzw. 102 Prozent des BIP erhöhen wird, rechnet die OECD für die Schweiz mit einem weiteren Rückgang auf 39 Prozent.

Grafik 1

► Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Schweiz liegt heute über dem Höchststand von 2008. Demgegenüber haben die meisten Industriestaaten den wirtschaftlichen Einbruch noch nicht kompensieren können.

Rasche Erholung der Schweizer Wirtschaft

Veränderung des BIP in Prozent gegenüber dem Höchststand vor der Krise



Quelle: OECD.

► Verbesserte Wirtschaftslage spiegelt sich in Umfrageergebnissen.

Die verbesserte Wirtschaftslage spiegelt sich in den Umfrageergebnissen. Rund 68 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass sich die Wirtschaftslage in den kommenden zwölf Monaten nicht verändern wird. Nur 16 Prozent erwarten eine Verschlechterung. Damit wird wieder ein ähnlich hohes Niveau erreicht wie vor der Krise. Im Jahr 2009 waren erst 34 Prozent dieser Ansicht, 55 Prozent erwarteten damals eine Verschlechterung der Wirtschaftslage.

Inhalt und Aufbau des Finanzmonitors

Der Finanzmonitor ist eine jährliche repräsentative Erhebung, die über die Ansichten der Stimmberechtigten zu relevanten Fragen in der Finanz- und Steuerpolitik Auskunft gibt. Die Konstanz der Fragestellungen und der Erhebungspraxis ermöglicht eine aussagekräftige Analyse und lässt längerfristige Trends feststellen. Damit ist der Finanzmonitor ein Seismograf der öffentlichen Befindlichkeiten, den sich auch die Politik für die Ausrichtung der Finanz- und Steuerpolitik zunutze machen kann. Die Umfrage wird durch das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag von economiesuisse durchgeführt. Die Ergebnisse des Finanzmonitors 2011 basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1000 Stimmberechtigten aus der ganzen Schweiz. Die Befragung wurde zwischen dem 26. April und dem 15. Mai 2011 mittels persönlicher Face-to-Face-Interviews realisiert. Zur Bildung der Stichprobe wurden die Ortschaften nach dem Zufallsverfahren ausgewählt. Die Auswahl der jeweiligen Personen erfolgte anhand von Quoten für die Kriterien Alter und Geschlecht. Der Schlussbericht zum Finanzmonitor 2011 ist abrufbar unter www.economiesuisse.ch.

► Anhaltend hohe Zustimmung zum Instrument der Schuldenbremse.

Staatsverschuldung und Schuldenbremse

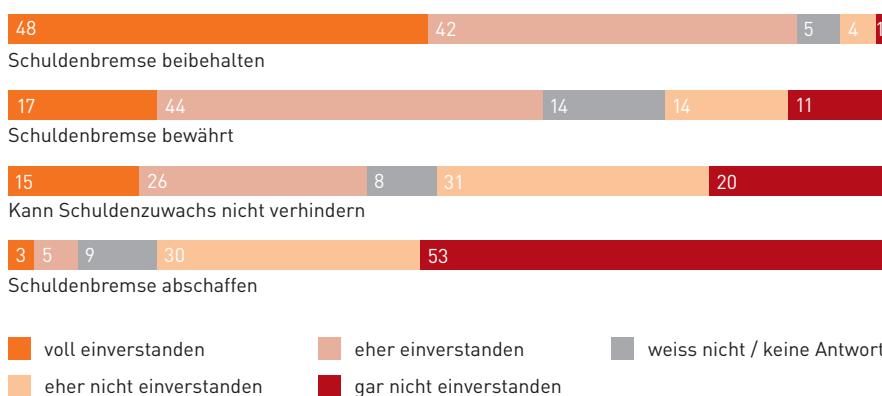
Die Schuldenbremse ist auf Bundesebene seit Anfang 2003 in Kraft. Sie ist im Ansatz eine Ausgabenregel und schreibt vor, dass über einen Konjunkturzyklus hinweg die Ausgaben des Bundes nicht grösser sein dürfen als die Einnahmen. Bis Ende 2010 konnten die Schulden des Bundes um rund 20 Mrd. auf 110 Mrd. Franken abgebaut werden. In der Volksabstimmung vom 2. Dezember 2001 erhielt die Schuldenbremse eine Zustimmung von fast 85 Prozent. Grafik 2 zeigt, dass dieses Instrument der Finanzpolitik auf eine sehr grosse Unterstützung bei der Stimmbevölkerung zählen kann. Rund 90 Prozent sind für deren Beibehaltung, während 61 Prozent der Auffassung sind, dass sie sich bisher bewährt hat.

Grafik 2

► Die Schuldenbremse geniesst auch acht Jahre nach ihrer Einführung eine sehr grosse Akzeptanz in der Bevölkerung.

Ansichten zur Schuldenbremse

In Prozent Stimmberechtigte



Quelle: gfs.bern, Finanzmonitor 2011.

► Hohe Zustimmung der Wählerschaft bei allen politischen Parteien.

Aufschlussreich ist die Zustimmung zur Schuldenbremse unterteilt nach politischen Parteien, Einkommensschichten und Sprachregionen. Alle Wählerinnen und Wähler der grössten politischen Parteien (SVP, SP, FDP, CVP, GPS) sind mit jeweils über 90 Prozent Zustimmung der Auffassung, dass die Schuldenbremse beibehalten werden soll. Mindestens 56 Prozent sind jeweils der Meinung, dass sich die Schuldenbremse bewährt hat. Deutliche Mehrheiten finden sich auch in allen Einkommensschichten und Sprachregionen.

► Wirtschaftskrise und ausgabenfreudige Politik als Ursachen für höhere Staatsschulden.

Für die in den letzten Jahren in vielen Industriestaaten stark gestiegenen Staatsschulden machen die Schweizer Stimmberechtigten mit 96 Prozent in erster Linie die Finanz- und Wirtschaftskrise verantwortlich (Grafik 3). Eine grosse Mehrheit von 84 Prozent teilt jedoch die Auffassung, dass auch ausgabenfreudige Politiker und Politikerinnen den Schuldenanstieg verursacht haben. Eine fehlende Schuldenbremse wird von 80 Prozent der Stimmberechtigten als mögliche Ursache angesehen. Dass die Leistungen des Sozialstaates zu höheren Staatsschulden geführt haben, gibt eine Mehrheit von 67 Prozent als Ursache an; 20 Prozent sind der Auffassung, dass dies nicht oder eher nicht zutrifft.

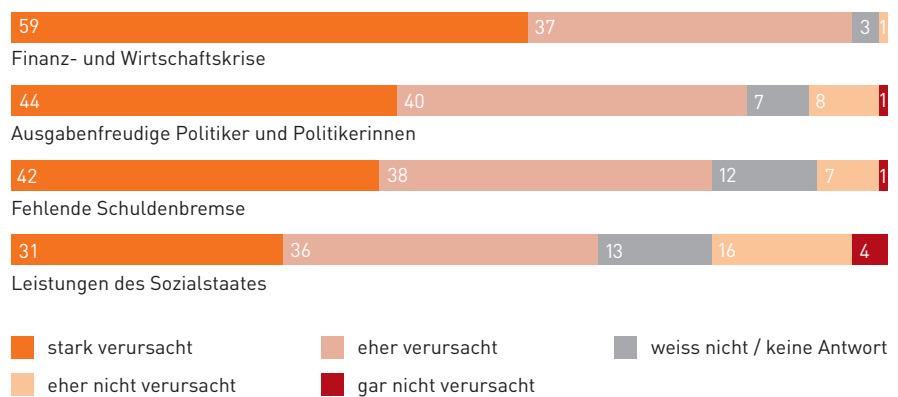
Grafik 3

► Neben der Finanz- und Wirtschaftskrise werden auch ausgabenfreudige Politikerinnen und Politiker, das Fehlen einer Schuldenbremse und die Leistungen des Sozialstaates als Ursachen für die in vielen Ländern steigenden Staatsschulden angesehen.

Staatsschulden in den Nachbarländern

In Prozent Stimmberechtigter

«Im Gegensatz zur Schweiz sind in vielen Nachbarländern in den vergangenen Jahren die Staatsschulden stark angestiegen. Ich lese Ihnen jetzt einige Elemente vor, die man im Zusammenhang mit Staatsschulden in Nachbarländern immer wieder hören kann. Sagen Sie mir bitte, wie stark die einzelnen Elemente die Staatsschulden verursacht haben. Sagen Sie mir jeweils, ob das Element die Staatsschulden in den Nachbarländern stark verursacht, eher verursacht, eher nicht verursacht, oder gar nicht verursacht hat.»



Quelle: gfs.bern, Finanzmonitor 2011.

Finanzpolitische Strategien

Bei der Beurteilung finanzpolitischer Strategien herrscht unter den Schweizer Stimmberechtigten Einigkeit: Mehrausgaben und Steuererhöhungen werden deutlich abgelehnt, Sparen und Steuern senken werden klar bevorzugt. Eine Mehrheit von 57 Prozent ist der Auffassung, dass die bestehenden Aufgaben optimal ohne neue Einnahmen gelöst werden sollen. Für gleichzeitige Ausgaben- und Steuersenkungen sprechen sich 56 Prozent der befragten Personen aus. Auf der anderen Seite stösst die Strategie, neue Aufgaben anzupacken, auch wenn dadurch die Steuern ansteigen, auf deutliche Ablehnung (85 Prozent). Für 86 Prozent der Befragten kommt ein gleichzeitiges Anpacken neuer Aufgaben verbunden mit Steuererhöhungen nicht infrage.

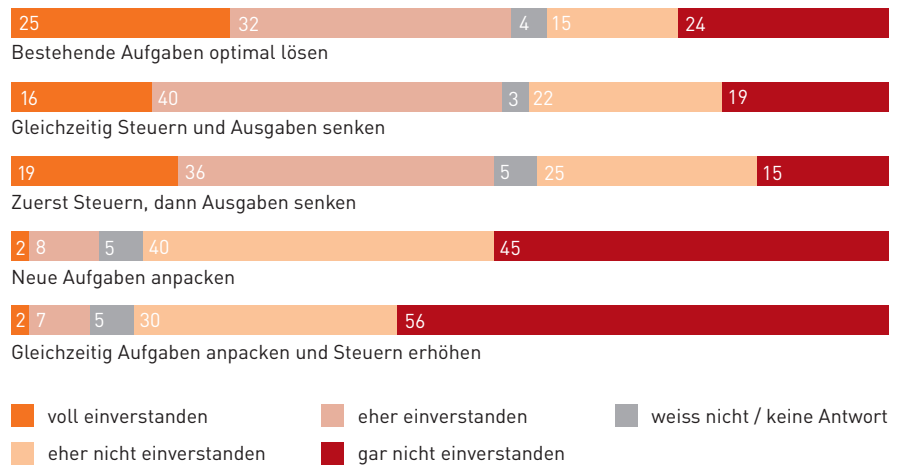
► Mehrausgaben und höhere Steuern werden von den Stimmberechtigten deutlich abgelehnt.

Grafik 4

Die Mehrheit der Stimmbevölkerung ist der Auffassung, dass die bestehenden Staatsaufgaben ohne neue Einnahmen gelöst werden sollen. Neue Aufgaben oder Steuern stossen auf grosse Ablehnung.

Strategien Staatshaushalt

In Prozent Stimmberechtigter



Quelle: gfs.bern, Finanzmonitor 2011.

Mit Überschüssen sollen Schulden abgebaut werden.

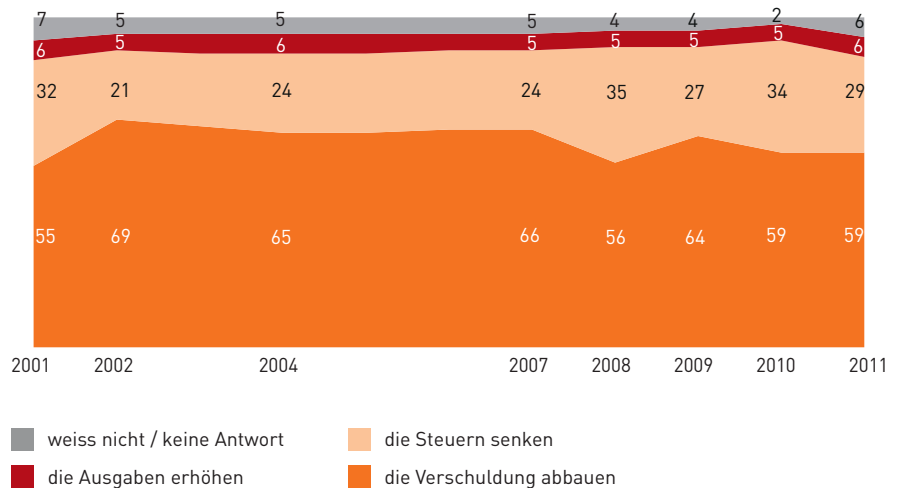
Die hohe Unterstützung für eine umsichtige, zurückhaltende Finanzpolitik zeigt sich auch beim Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt (Grafik 5). Eine seit Jahren stabile Mehrheit von 59 Prozent möchte bei allfälligen Überschüssen in erster Linie die Schulden abbauen. Weitere 29 Prozent sprechen sich für Steuererleichterungen aus. Eine Erhöhung der Ausgaben wird hingegen nur von einem kleinen Anteil von sechs Prozent unterstützt. Auch hier sind die Ergebnisse über die Zeit konstant.

Grafik 5

Die Stimmberechtigten haben bei Überschüssen eine klare Präferenz für den Schuldenabbau (59 Prozent). An zweiter Stelle stehen tiefere Steuern (29 Prozent). Höhere Ausgaben finden mit sechs Prozent hingegen kaum Zustimmung.

Trend Umgang mit Überschüssen im Staatshaushalt

In Prozent Stimmberechtigter



Quelle: gfs.bern, Finanzmonitor 2011.

► Trend zu einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik seit 2008.

Staatsausgaben

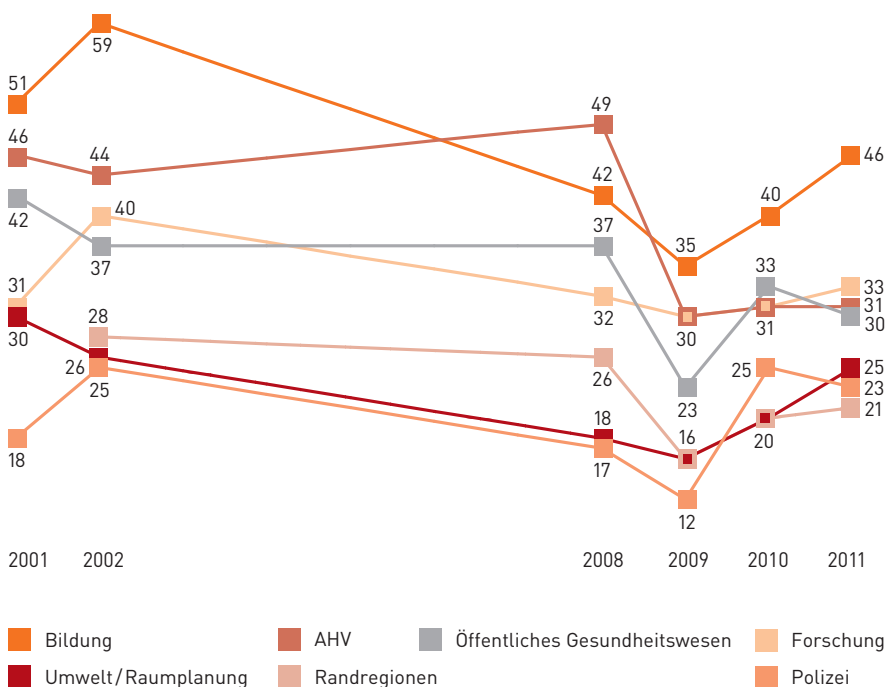
Unterteilt nach Aufgabenbereichen möchte eine Mehrheit von 53 Prozent im Asylwesen mehr sparen. Relative Mehrheiten für tiefere Ausgaben finden sich bei der öffentlichen Verwaltung, der Armee, dem diplomatischen Dienst und der Entwicklungshilfe. Bei allfälligen Mehrausgaben zeigt sich bei den Schweizer Stimmberechtigten seit 2008 ein Trend zu einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik. Im Gegensatz zum Jahr 2001 sind Mehrausgaben seit 2008 in keinem Bereich mehr mehrheitsfähig (Grafik 6). Einzig im Bereich Bildung ist die Unterstützung für eine Erhöhung der Ausgaben relativ hoch. Bei der AHV oder dem Gesundheitswesen hat die Bereitschaft, zusätzliche Ausgaben zu tätigen, hingegen deutlich abgenommen.

Grafik 6

► Zusätzliche Ausgaben sind derzeit in keinem Aufgabenbereich des Staates mehrheitsfähig. Nur bei der Bildung ist die Forderung nach Mehrausgaben relativ weit verbreitet (46 Prozent).

Trend Beurteilung öffentlicher Ausgaben (mehr ausgeben)

In Prozent Stimmberechtigter



Quelle: gfs.bern, Finanzmonitor 2011.

► Ausgabenbeschlüsse der Politik widersprechen den Ansichten der Stimmberechtigten.

Die anhaltend hohe Zustimmung für eine restriktive Finanzpolitik steht im Gegensatz zur Politik der vergangenen Monate. Während der Bundesrat angesichts höherer Einnahmen bereits im Januar 2011 ankündigte, auf das geplante Konsolidierungsprogramm KOP 12/13 zu verzichten, hat das Parlament umfassende Mehrausgaben beschlossen. In der Frühjahrssession im März 2011 wurde unter anderem ein einmaliger Beitrag zur Sanierung der SBB-Pensionskasse in der Höhe von 1,148 Mrd. Franken gesprochen. Gleichzeitig wurde die Entwicklungshilfe für die Jahre 2011 und 2012 um 640 Mio. Franken erhöht. Die im Juni 2011 vom Ständerat beschlossene Anschaffung von 22 neuen Kampfflugzeugen könnte bis zu 5 Mrd. Franken kosten. Ein entsprechendes Finanzierungskonzept liegt jedoch noch nicht vor. Gleichzeitig sollen weitere 1,2 Mrd. Franken für die Behebung von Mängeln bei der Ausrüstung der Armee gesprochen werden. In der gleichen Session hat der Nationalrat beschlossen, zusätzliche 100 Mio. Franken für die Berufsbildung und die Forschung auszugeben. Dazu kommen zahlreiche weitere Erhöhungen in den Bereichen Landwirtschaft, Verkehr sowie Kultur und Freizeit.

▶ Keine finanziellen Spielräume für Ausgabenerhöhungen.

Die zusätzlichen Ausgaben überraschen, wenn man die Entwicklungen berücksichtigt, die sich der Kontrolle des Parlaments entziehen. So steigen die Ausgaben des Bundes für die soziale Wohlfahrt – getrieben durch die gesetzlich festgelegten Finanzierungsanteile der AHV und IV – jedes Jahr um rund 800 Mio. Franken. Die hohen Verluste der Schweizerischen Nationalbank (SNB) lassen zudem erwarten, dass die jährlichen Ausschüttungen an Bund und Kantone im Umfang von 2,5 Mrd. Franken nicht mehr aufrechterhalten werden können. Allein beim Bund könnten die Einnahmen um bis zu 833 Mio. Franken tiefer ausfallen. Dazu kommen die wirtschaftlichen Unsicherheiten aufgrund des starken Schweizer Frankens.

▶ Kritische Haltung gegenüber den staatlichen Leistungen und Steuerabgaben.

Steuern

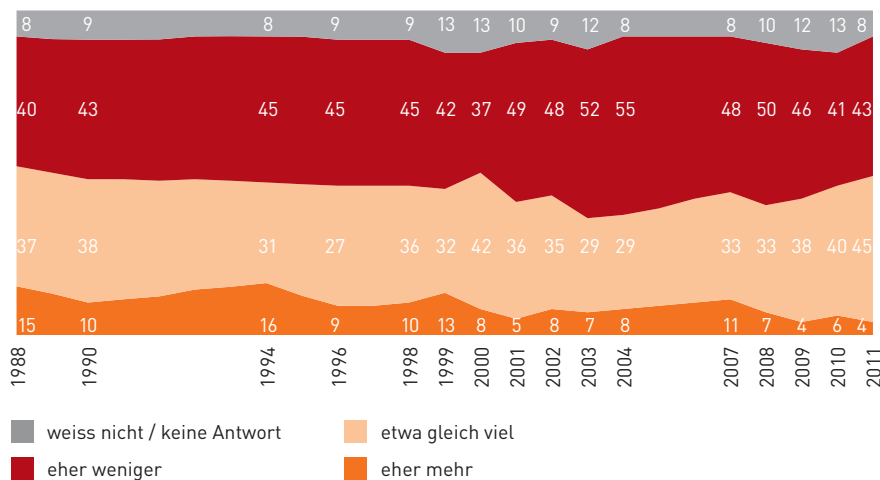
Die kritische Haltung der Bürgerinnen und Bürger zeigt sich auch bei der Beurteilung des Verhältnisses zwischen staatlichen Leistungen und Steuerabgaben. Weniger als die Hälfte der Stimmberechtigten (49 Prozent) ist der Auffassung, insgesamt mehr oder gleich viel vom Staat zu erhalten, wie bezahlt wird. Demgegenüber finden 43 Prozent, dass sie weniger Leistungen vom Staat erhalten, als sie an Steuern und Abgaben bezahlen (Grafik 7).

Grafik 7

▶ Weniger als die Hälfte der Befragten ist der Ansicht, dass sie mehr oder gleich viel vom Staat erhalten, als sie an Steuern und Abgaben leisten.

Trend Verhältnis staatliche Leistungen und Steuerabgaben

In Prozent Stimmberechtigter



Quelle: gfs.bern, Finanzmonitor 2011.

▶ Defizite sind kein Grund für Steuererhöhungen.

Die ablehnende Haltung gegenüber neuen oder höheren Steuern gilt auch für Situationen, in denen die öffentliche Hand Defizite verzeichnet (was derzeit nicht der Fall ist). Bei der Frage nach dem Umgang mit Staatsdefiziten dominiert seit Jahren die Auffassung, dass Ausgabenkürzungen gegenüber zusätzlichen Steuern oder höherer Verschuldung vorzuziehen sind. Von den Befragten sind 83 Prozent der Ansicht, dass die Ausgaben gekürzt werden sollen, elf Prozent bevorzugen eine höhere Verschuldung und nur zwei Prozent sind bereit, die Steuern zu erhöhen, vier Prozent sind unentschlossen.

▶ Politik diskutiert zahlreiche Steuererhöhungen.

Auch im Steuerbereich stehen die Aussagen der Bürgerinnen und Bürger in einigen Belangen im Kontrast zu den Beschlüssen der Politik. Trotz verschiedener Steuerreformen auf Bundesebene wie auch in zahlreichen Kantonen hat die Fiskalquote der Schweiz gemäss OECD-Definition seit 1990 von 25,8 auf 30,3 Prozent des BIP zugenommen. Obschon sich die Dynamik in den letzten Jahren

abgeschwächt hat, entspricht das der stärksten Zunahme aller OECD-Länder nach jener von Portugal und Italien. Bei Berücksichtigung sämtlicher Zwangsabgaben resultiert für die Schweiz sogar eine effektive Steuer- und Abgabenglast, die mit über 40 Prozent klar über dem OECD-Durchschnitt liegt. Die Steuergerechtigkeitsinitiative der SP, die den Steuerwettbewerb eingeschränkt und Einkommen und Vermögen höher besteuert hätte, wurde im November 2010 mit 58 Prozent der Stimmen zwar abgelehnt. Dennoch fordern verschiedene politische Kreise weiterhin neue oder höhere Steuern. So soll z. B. gemäss einem aktuellen Vorschlag eine eidgenössische Erbschaftssteuer mit einem Steuersatz von 20 Prozent eingeführt werden. Die zu erwartenden Erträge von 3 Mrd. Franken pro Jahr sollen gemäss den Initianten dieser Forderung zu zwei Dritteln in die AHV und zu einem Drittel an die Kantone fliessen. Im Umwelt- und Energiebereich werden verschiedene Vorschläge diskutiert, die zu einer Mehrbelastung führen würden. Dazu gehört die Erhöhung der CO₂-Abgabe, die stärkere Besteuerung fossiler Energieträger (insbesondere von Treibstoff), eine Abgabe auf Strom zur Förderung erneuerbarer Energien sowie neue Lenkungsabgaben. So wird in der Bundesverwaltung gegenwärtig beispielsweise ein Vorschlag für eine neue Wohnflächensteuer («Flächennutzungsabgabe») evaluiert.

Schlussfolgerungen

► Ablehnung neuer Aufgaben und Steuererhöhungen.

Der Finanzmonitor 2011 bestätigt den Wunsch einer grossen Mehrheit der Schweizer Stimmbevölkerung nach einer zurückhaltenden Finanz- und Steuerpolitik. Wie in den Vorjahren besteht ein deutlicher Konsens, dass Steuererhöhungen und eine Ausweitung der Ausgaben klar abgelehnt werden. Stattdessen soll der Staat mit den bestehenden Einnahmen seine Aufgaben möglichst optimal erfüllen. Das gilt selbst in Zeiten der Hochkonjunktur wie auch bei hohen öffentlichen Defiziten. Allfällige Überschüsse sollen für den Abbau von Schulden und für steuerliche Entlastungen verwendet werden. Die anhaltend hohe Zustimmung für die Schuldenbremse kann als Unterstützung für ein Instrument angesehen werden, das die Ausgabenfreudigkeit der Politikerinnen und Politiker eindämmt. Die Schuldenbremse bildet zusammen mit der direkten Demokratie, dem Steuerwettbewerb, dem Finanzausgleich und der Möglichkeit eines Finanzreferendums die Pfeiler des finanz- und steuerpolitischen Erfolgs der Schweiz.

Die seit Jahren stabilen Resultate des Finanzmonitors stehen im Gegensatz zur seit einigen Monaten nachlassenden Ausgabendisziplin des Bundesrats und des Parlaments. Die Überschüsse der letzten Jahre auf Bundesebene haben neue Begehrlichkeiten geweckt. Während viele Staaten schmerzhaft Konsolidierungsprogramme verabschieden müssen, besteht die grösste finanzpolitische Gefahr in der Schweiz in einer zunehmenden Nachlässigkeit. Der Erfolg der vergangenen Jahre wird verstärkt als Selbstverständlichkeit wahrgenommen. Dabei zeigen die Entwürfe zum Voranschlag 2012 sowie für den Legislaturfinanzplan 2013 bis 2015, dass der Bundesrat davon ausgeht, dass innerhalb des Bundeshaushalts weiterhin keine Spielräume bestehen. Allein die zukünftige Finanzierung der Sozialversicherungen und des Verkehrs bringt grosse Herausforderungen mit sich.

Vor diesem Hintergrund und den Ergebnissen des Finanzmonitors 2011 muss die Politik wieder verstärkt eine restriktive Finanz- und Steuerpolitik verfolgen. Die Vorgaben der Schuldenbremse als Leitplanke sind dabei unantastbar. Die guten Rechnungsergebnisse der letzten Jahre machen strukturelle Reformen bei den Staatsausgaben und bei den Sozialversicherungen nicht überflüssig. Vielmehr sind diese anzugehen, solange der Handlungsbedarf noch nicht wie in vielen europäischen Staaten akut ist. Denn bei einem frühzeitigen Handeln ist das Spektrum an möglichen Lösungen bedeutend breiter. Forderungen nach zusätzlichen Steuern oder nach neuen staatlichen Aufgaben muss eine klare Absage erteilt werden.

Rückfragen:

urs.furrer@economiesuisse.ch

martin.weder@economiesuisse.ch

Impressum

economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen

Hegibachstrasse 47, Postfach, CH-8032 Zürich

www.economiesuisse.ch